

Protokoll

des ordentlichen Kreisparteitages
FDP Kreisverband Düsseldorf
28. Februar 2015, „S-Manufaktur“,
Flinger Broich 91, 40235 Düsseldorf
Beginn: 10.00 Uhr

13. April 2015

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Formalien
2. Vortrag: Goetz-Ulf Jungmichel, „Markenrelaunch der boot Düsseldorf“
3. Ehrung von Mitgliedern
4. Wahl des Parteitagepräsidiums
5. Wahl der Schriftführer/-innen
6. Geschäftsbericht des Kreisverbandes und politische Rechenschaftsberichte aus Land und Kommune
7. Bericht des Schatzmeisters
8. Bericht der Kassenprüfer
9. Aussprache zu TOP 6 und 7
10. Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden der Zählkommission
11. Wahl der Stimmeinsammler/-innen und –auszähler/-innen
12. Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag
13. Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zur Alliance of LIBERALS and DEMOCRATS for Europe (ALDE)
14. Anträge
15. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Formalien

Die Kreisvorsitzende Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann begrüßt die anwesenden Mitglieder, Gäste sowie die Vertreter der Presse.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellt fest, dass die Einladung zum ordentlichen Kreisparteitag mit der Tagesordnung mit Schreiben vom 29. Januar 2015 in der vorgeschriebenen Frist von 21 Tagen an alle Mitglieder ergangen ist. Die Anträge wurden mit Schreiben vom 18. Februar 2015 und der Antragsübersicht der Anträge 1 – 13 fristgerecht an alle Mitglieder zum Versand gebracht.

Die Stimmberechtigung der Anwesenden wurde überprüft. Der Parteitag ist ordnungsgemäß geladen und daher beschlussfähig. Es sind zu Beginn des Parteitages 78 stimmberechtigte Mitglieder anwesenden.

Es wird der Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung – „Vorstellung der Arbeitskreise“ TOP 13a gestellt. Die Ergänzung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Vortrag Goetz-Ulf Jungmichel – „Markenrelaunch der boot Düsseldorf“

Der Direktor der boot Düsseldorf, Goetz-Ulf Jungmichel, berichtet über den erfolgreich absolvierten Markenrelaunch der boot. Jungmichel zieht hierbei interessante Parallelen zum Neustart der FDP und bekräftigte die auch im Bezug auf die Freien Demokraten wichtigsten Faktoren des Markenrelaunches: „Den Kern erhalten, die Hülle konsequent erneuern und mit Leidenschaft für die eigenen Werte eintreten – das passt nicht nur zur boot, sondern auch zur neuen FDP!“, so Jungmichel.

Top 3 Ehrungen von Mitgliedern

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ehrt die Mitglieder Monika Lehnhaus, Dietmar Hoffbauer, Dr. Cornelia Seewald, Markus Frey, Dieter Schroeder-Fickh und Dr. Alexander Hirsch für ihre 25jährige Mitgliedschaft in der FDP. Für ihre 40jährige Mitgliedschaft in der FDP werden die Mitglieder Klaus Burkhardt, Erika Jäger, Dr. Helmut Seeling und Roland Oetker geehrt. Für seine 50jährige Mitgliedschaft in der FDP wird das Mitglied Ingo Denzel geehrt. Renate Potthoff und Dr. Bernhard Piltz werden für ihre 60jährige Mitgliedschaft in der FDP geehrt.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende Michael Dimitrov ehrt Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann für ihre 25jährige Mitgliedschaft in der FDP und dankt ihr für ihr Engagement.

TOP 4 Wahl des Parteitagspräsidiums

Der Kreisvorstand schlägt folgende Personen vor:

- Helmut von Richter
- Ann-Cathrin Freise
- Oliver Zengoski

Das Präsidium wird einstimmig gewählt. Das Präsidium bedankt sich für das Vertrauen und übernimmt die Leitung des Parteitages.

TOP 5 Wahl der Schriftführer/-innen

Dem Kreisparteitag werden Margitha Rauchbach und Brigitte Schulz als Schriftführerinnen vorgeschlagen. Die Schriftführerinnen werden einstimmig gewählt und nehmen die Wahl an.

TOP 6 Geschäftsbericht des Kreisverbandes und politische Rechenschaftsberichte aus Land und Kommune

Die Kreisvorsitzende spricht über das vergangene Geschäftsjahr des Kreisverbandes, beginnend mit einem engagierten Kommunalwahlkampf und einem Ausblick auf die Neugliederung der Arbeitskreise zur Verstärkung der programmatischen Arbeit. Sie bedankt sich hierbei bei den Mitgliedern des Kreisvorstands für die bisherige Arbeit und hebt mit Blick auf die Arbeit des Kreisverbands insbesondere das große Engagement der Ortsverbände hervor, die vor Ort mit starken Aktionen maßgeblich das Gesicht der Düsseldorfer FDP prägen. Hierbei erwähnt sie als Beispiele die Demonstration des Ortsverbandes 1 gegen die Schließung der Altstadtwache und das Engagement des Ortsverbandes 7 für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge in Düsseldorf. Sie appelliert an die Ortsverbände, weiterhin aktiv Ideen zu entwickeln und sichert die begleitende Unterstützung des Kreisvorstandes zu.

Der Stellvertretende Kreisvorsitzende Dr. Robert Orth berichtet letztmalig aus der Landespolitik. Hierbei weist er auf die Notwendigkeit hin, als Freie Demokraten die Unterbringung von Flüchtlingen und wichtige Themen wie die Vorratsdatenspeicherung nicht den anderen Parteien zu überlassen. Er erläutert des Weiteren seine Beweggründe für seinen Rücktritt als Landtagsabgeordneter und bedankt sich beim Kreisverband für die bisherige Unterstützung.

Der Fraktionsgeschäftsführer der FDP Ratsfraktion Manfred Neuenhaus berichtet aus der Fraktion. Er betont die erfolgreiche Politik der FDP in Düsseldorf in den letzten 15 Jahren und den starken Kommunalwahlkampf, den die FDP trotz starken bundespolitischen Gegenwinds geführt hat. Ebenso geht er auf das Verhältnis zur CDU als langjährigen Koalitionspartner ein und betont, wie konstruktiv und fair die Kooperationsverhandlungen mit SPD und Grünen gelaufen seien, was sich auch aktuell in der Arbeit der Ampel-Kooperation zeige. Als für Freie Demokraten in Düsseldorf und auch in der „Ampel“ essentielle Themen führt Manfred Neuenhaus die Beibehaltung der Schuldenfreiheit, die Bildungspolitik und neue Einnahmequellen, ohne die Bürger zu belasten, an. Weitere aktuelle Themen sind der Bestand der Altstadtwatche, die Erhaltung der historischen Gasbeleuchtung und die Ablehnung eines unsinnigen Alkoholverbotes in der Altstadt. Neuenhaus betont hierbei, dass es der Markenkern der FDP sei, für positive Ziele und gegen Verbote zu kämpfen. Er führt aus, dass die Arbeit der „Ampel“ durch die finanziellen Folgen des Sturmes „Ela“ nicht einfacher werde, aber mit einer konstruktiven Zusammenarbeit und einer transparenten Vorgehensweise machbar sei, in deren Rahmen sich die Freien Demokraten in Düsseldorf auch am neuen Leitbild der Partei orientieren.

TOP 7 Bericht des Schatzmeisters

Klaus Burkhardt gibt folgende Zahlen für 2014 bekannt:

EINNAHMEN	€ 85.258,00
AUSGABEN	€ 197.348,00
Unterdeckung	€ 12.090,00
+ Rücklage 2013	€ 6.207,00
Verlustvortrag	€ 883,00

SPENDEN insgesamt	€ 69.329,00
Beiträge	€ 114.849,00

KOMMUNAL+Europa	€ 93.206,00
Spenden K-Wahl	€ 55.245,00
Defizit	€ 37.961,00

Fixe Kosten 2014	€ 73.800,00
Abgabe an Land+Bund	€ 28.860,00
Mieten	€ 7.056,00
Personal	€ 36.884,00
Für Geschäftsbetrieb	€ 31.211,00

Der Kreisverband hat also € 12.000,00 mehr ausgegeben als eingenommen Das ist für ein Kommunaljahr nicht ungewöhnlich.

2004	= waren das	€ 31.000,00
2009	=	€ 48.000,00

Alles wurde durch folgende Überschüsse immer wieder ausgeglichen.

Vor allem wegen einer ab 2005 mutigen und vorausschauenden Beitragsanpassung von fast 50% plus.

Das galt aber in 2014 nicht mehr. Der Preisindex ist seit 2005 um 20% gestiegen. Dem ist der Kreisvorstand nicht gefolgt. Eine unerwartete Landtagswahl kam dazu und der erwartete Überschuss aus 2014 floss in die Kommunalwahl.

Die beeinflussbaren Mittel für den laufenden Geschäftsbetrieb reichen nicht mehr für das gewohnte Niveau. Die positive Darstellung unseres Kreisverbandes außerparteilich als auch innerparteilich ist nach dem Desaster der alten FDP auch nicht zum Nulltarif zu haben.

Klaus Burkhardt betont, dass der Kreisverband insgesamt solide aufgestellt sei, zukünftig aber die Beiträge und hierbei insbesondere die Selbsteinschätzung der Mitglieder überprüft werden müsse.

TOP 8 Bericht der Kassenprüfer

Barbara Pryla gibt den Bericht gleichzeitig für den Kassenprüfer Dr. Michael Bergmann ab.

Am 24. Februar 2015 wurde in den Räumen der Geschäftsstelle, im Beisein von Margitha Rauchbach und Klaus Burkhardt, die Buchhaltung des Kreisverbandes geprüft.

Die anfallenden Belege wurden laufend kontiert und monatlich über einen PC verbucht. Die Belege wurden in vier Ordnern gesammelt. Über die Verbuchungen wurden monatlich Journal-Listen und Kontenübersichten ausgedruckt. Die Kassenprüfer haben stichprobearartig anhand der Belege, Kontoauszüge und Mitgliederlisten die Verbuchungen sachlich und formal geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Barbara Pryla beantragt die Entlastung des Schatzmeisters für das Berichtsjahr 2014. Sie bedankt sich bei Klaus Burkhardt für seine Arbeit als Schatzmeister. Der Schatzmeister wird einstimmig bei Enthaltung des Betroffenen entlastet.

TOP 9 Aussprache zu TOP 6 und 7

Dr. Bernhard Piltz fragt nach den Kosten der Schulen pro Schüler und macht sich für mehr Gymnasien stark. Er plädiert für die Förderung der Abendrealschule. Ebenso übt er Kritik an der Bildung der Arbeitskreise und abstrakten Titulierung.

Stephanie Aschenbrenner mahnt einen besseren Umgang mit unterschiedlichen Meinungen an.

Manfred Neuenhaus führt zu Dr. Bernhard Piltz an, dass die Stadt das jüdische Gymnasium bauen wird und betont den Elternwillen in der Entscheidung zwischen dem Bau einer Gesamtschule oder eines Gymnasiums, der eindeutig auf ein Gymnasium zielt.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann berichtet über die Vorbereitung der Arbeitskreise und über die Beteiligung der Mitglieder.

Sascha Henrich bietet seitens der Jungen Liberalen Unterstützung bei den Arbeitskreisen an, erläutert die Geschäftsordnung der Arbeitskreise und verweist darauf, dass diese im Anschluss an den Kreisparteitag auf der Homepage des Kreisverbandes online gestellt werden.

Klaus Burkhardt verweist bei Fragen zu Finanzen auf die höhere Beitragsstaffelung mit dem vergleichbaren Kreisverband Köln.

Peter Dietmaier und Dr. Manfred Droste erkundigen sich nach den Parteispenden. Klaus Burkhardt gibt eine Übersicht hierzu.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann weist im Kontext der Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag auf die gute Entwicklung des Kreisverbandes hin, durch die der Kreisverband statt 6 nun 8 Delegierte entsenden kann.

TOP 10 Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden der Zählkommission

Auf Vorschlag des Kreisvorstandes wird Sebastian Rehne einstimmig bei eigener Enthaltung zum Vorsitzenden der Zählkommission gewählt und nimmt die Wahl an.

TOP 11 Wahl der Stimmeneinsammler/-innen und –auszähler/-innen

Die Ortsvorsitzenden sowie die Jungen Liberalen benennen jeweils eine Person aus ihren Reihen:

- OV 1: Lilian Meyer-Truelson
- OV 2: Ralph Hegewald
- OV 3: Dr. Max Nedden

- OV 4: Jan Maass
- OV 5: Peter Dietlmaier
- OV 6: Svenja Heidenreich
- OV 7: Dr. Christine Rachner
- OV 8: Rosalia Suci-Sibianu
- OV9: Thomas Nicolin
- JuLis: Michael Maas

Die benannten Personen wurden einstimmig gewählt.

TOP 12 Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag

Das Präsidium verweist auf den vorbereiteten gelben Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Veränderungen überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine zusätzlichen Vorschläge. Es können bis zu 16 Stimmen vergeben werden. Das Präsidium teilt zum Verfahren außerdem mit, dass die Auszählung der Stimmzettel am Dienstag, 3. März 2015, 18.00 Uhr, in der Kreisgeschäftsstelle, Sternstraße 44, vorgenommen wird. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los des Versammlungsleiters. **Wahlperiode ist vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2017.**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Die Auszählung ergibt folgende Ergebnisse:

Delegierte	Ersatzdelegierte
Gisela Piltz	Mirko Rohloff
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Sascha Henrich
Klaus Burkhardt	Stephanie Aschenbrenner
Manfred Neuenhaus	Rainer Matheisen
Dr. Robert Orth	Judith Pircher
Monika Lehnhaus	Peter Dietlmaier
Michael Dimitrov	Dr. Christine Rachner
Cord C. Schulz	Sebastian Rehne
	Ulf Montanus
	Helmut von Richter
	Julian Deterding
	Oliver Zengoski
	Dr. Gerhard Hansen
	Bodo Schadrack
	Alexander Führer
	Ann-Cathrin Freise
	Dietmar Hoffbauer
	Karsten Körner
	Sönke Willms-Heyng

TOP 13 Wahlvorschläge für Delegierte und Ersatzdelegierte zur Alliance of LIBERALS and DEMOCRATS for Europe (ALDE)

Das Präsidium verweist auf den vorbereiteten rosa Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Veränderung überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine zusätzlichen Vorschläge. Es können bis zu 2 Stimmen vergeben werden. Auszählmodus wie TOP 12. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters. **Wahlperiode ist vom 1. April 2015 bis zum 31. März 2017**

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Die Auszählung ergibt folgende Ergebnisse:

Delegierte	Ersatzdelegierte
Marie-Catherine Meyer	Chris Pyak
	Sönke Willms-Heyng
	Karsten Körner
	Jan Maass
	Florian Trenner

TOP 13a Vorstellung neu gebildeter Arbeitskreise

Die Kreisvorsitzende stellt an Hand einer Präsentation die neu gebildeten Arbeitskreise und die Betreuer seitens des Kreisvorstandes vor. Es wurden folgende Arbeitskreise gebildet:

Lfd. Nr.	Arbeitskreise	Betreuer des Kreisverbandes
1.	<p>Weltbeste Bildung für Jeden</p> <ul style="list-style-type: none"> Das beste Bildungssystem der Welt soll das neue deutsche „Mondfahrtprojekt“ werden. In diesem AK werden alle bildungspolitischen Fragen diskutiert: Von der frühkindlichen Bildung, über Schule, Weiterbildung, Hochschule, Medien- und Kulturpolitik 	Ulf Montanus
2.	<p>Vorankommen durch eigene Leistung</p> <ul style="list-style-type: none"> Dies bedeutet nicht nur beruflichen Aufstieg Auch der aktivierende Sozialstaat, Arbeitsmarktpolitik und eine gelungene Integration sind Fragen dieses Arbeitskreises 	Michael Dimitrov
3.	<p>Selbstbestimmt in allen Lebenslagen</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Selbstbestimmung jedes Einzelnen in allen Lebenslagen ist Kern jeder liberalen Politik. Das gilt für bürgerliche Freiheitsrechte, Datenschutz, Gleichstellung, Verbraucherschutz und Gesundheitspolitik 	Dr. Robert Orth
4.	<p>Freiheit und Menschenrechte weltweit</p> <ul style="list-style-type: none"> Freiheit darf an keiner Grenze halt machen. Alle Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Verteidigung und internationaler Angelegenheiten werden hier beraten 	Cord C. Schulz
5.	<p>Politik, die rechnen kann</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Freien Demokraten sind die Partei der Marktwirtschaft. In diesem Arbeitskreis werden alle Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik diskutiert. Handwerk, Mittelstand, Corporate Governance Fragen sind hier Diskussionsgegenstand sowie Haushalts- und Energiepolitik 	Sascha Henrich
6.	<p>Ein unkomplizierter Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> Von Stadtplanung über Umweltpolitik, Netzinfrastruktur, Verkehr und Wohnen Dieser Arbeitskreis will in allen genannten Themenfeldern den Bürgern das Leben leichter machen 	Kerstin Treiber
7.	<p>Strategie und Planung</p> <ul style="list-style-type: none"> Wie stellen sich die Freien Demokraten in Zukunft auf? Welche Themen und Visionen kommunizieren sie? Wie und auf welchen Kanälen? In diesem Arbeitskreis geht es um strategische Fragen liberaler Politik und Kampagneplanung 	Moritz Kracht

Die Arbeitskreise sollen alle zwei Monate tagen. Die konstituierenden Sitzungen sollen spätestens im April stattfinden.

TOP 14 Anträge

Vor der Antragsberatung erhält der Vorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) Düsseldorf Moritz Asbrand das Wort erteilt. Er stellt die LHG vor, berichtet von der positiven Entwicklung der LHG parallel zum Neustart der FDP sowie von einer deutlichen Verbesserung des Wahlergebnisses bei den Hochschulwahlen auf über 13%. Er bedankt sich bei der FDP für die Zusammenarbeit und bittet um weitere Unterstützung.

Antrag 1 Antragsteller: Alexander Führer

Josef Kürten soll durch eine Straße oder einen Platz geehrt werden

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1.) Dass sich der FDP-Kreisverband Düsseldorf dafür einsetzt, dass auch der am 25.10.2010 verstorbene ehemalige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Josef Kürten, durch eine Straße oder Platzbenennung geehrt wird und das deshalb
- 2.) Die FDP-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Düsseldorf im ersten Halbjahr 2015 einen entsprechenden Antrag in den Rat einbringen soll.

Aussprache: Manfred Neuenhaus bittet um Ablehnung.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 2 Antragsteller: Alexander Führer

Satzung in § 9 ergänzen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Dass die Satzung in § 12 9) nach der Nummer 7 wie folgt ergänzt wird:

Die Amtszeit der Delegierten und Ersatzdelegierten gemäß Nummer 5 beginnt am 1. April und dauert zwei Jahre. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 1. April 2015 in Kraft.

Aussprache: Moritz Kracht, Dr. Bernhard Piltz, Gisela Piltz, Dr. Robert Orth.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag 3 Antragsteller: Alexander Führer

Brauchtum ist in Düsseldorf eine zumutbare Ruhestörung

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Dass angemeldete, von der Stadt Düsseldorf geprüfte und teilweise mit Auflagen erlaubte Brauchtums- und Karnevalveranstaltungen auch weiterhin sowie genehmigt stattfinden dürfen und nicht durch den OSD aufgrund einzelner Bürgerbeschwerden frühzeitig eingeschränkt werden.

Aussprache: Mirko Rohloff, Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, Moritz Asbrand, Helga Bleckmann.

Beschluss: Der Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen zu 34 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag 4 Antragsteller: Dr. Bernhard Piltz

Gegenstände der bildenden Kunst aufzulisten

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisparteitag bittet die Landtagsfraktion, folgenden Antrag zu stellen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Gegenstände der bildenden Kunst, die sich in den Gebäuden von Behörden des Landes befinden, aufzulisten und die Liste zu veröffentlichen.

Aussprache: Prof. Dr. Andreas Mayer-Falcke, Peter Dietlmaier, Dr. Gerhard Hansen, Michael Dimitrov, Sascha Henrich.

Beschluss: Der Antrag wurde mehrheitlich in den Arbeitskreis „Weltbeste Bildung für Jeden“ verwiesen.

Antrag 5 Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Melde-App für Düsseldorf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf wird gebeten, sich für die Einführung einer sogenannten „Melde-App“ einzusetzen. Ein möglicher Antrag sollte folgende Punkte enthalten.

1. Der Rat der Stadt Düsseldorf spricht sich für die Einführung einer sog. „Melde-App“ für Düsseldorf aus. Die App soll auf allen gängigen Smartphone-Betriebssystemen (also Android und Apple) nutzbar sein.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche verschiedenen technischen Umsetzungsmöglichkeiten bestehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die Bearbeitung von Meldungen verwaltungsseitig koordiniert werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und in welcher Höhe für die Realisierung der Melde-App zwingend Kosten entstehen. Die Verwaltung möge insoweit kostenfreie Möglichkeiten bevorzugt prüfen. Sollten Kosten entstehen, wird sie ferner beauftragt, (Sach-) Spenden zur Kostendeckung zu akquirieren.
Für Bürger, die über kein Smartphone verfügen, soll in Ergänzung zu der App zusätzlich ein „Mängel-Melder“ auf der Webseite der Stadt Düsseldorf implementiert werden, der ebenfalls Meldungen ermöglicht. Durch dieses unbürokratische Vorgehen kann die Sauberkeit und Ordnung weiter verbessert werden

Aussprache: Laura Bradini, Mirko Rohloff; Er stellt folgenden Änderungsantrag: in Zeile 9 folgende Änderung einzufügen:
„...sogenannten „Melde-APP“, welche in die Düsseldorf-App integriert werden soll,

Beschluss: Der Änderung wird vom Antragssteller übernommen und der Antrag einstimmig angenommen.

Antrag 6 Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei der Düsseldorfer Kultur

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf bekennt sich zur Vielfalt und Qualität der kulturellen Angebote in Düsseldorf. Die Finanzierung dieser Angebote halten wir für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch mit steuerlichen Mitteln erfolgen kann.

Gleichzeitig gelten für uns, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten finanziellen Entwicklungen unserer Stadt, besondere Anforderungen an die Effizienz der im Kulturbereich eingesetzten Mittel. Verglichen mit anderen Großstädten in Deutschland besteht dabei in Düsseldorf Optimierungspotential.

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, die Wirtschaftlichkeit insbesondere des Schauspielhauses zu verbessern. Kurzfristig kann dieses durch eine moderate Anpassung der Eintrittspreise erfolgen. Mittelfristig muss die Rentabilität der Anzahl der Premieren betriebswirtschaftlich überprüft und ggf. Änderungen vorgenommen und Konsequenzen gezogen werden, um Effizienzsteigerungen des vorhandenen Angebots zu erreichen.

Aussprache: Michael Dimitrov, Ulf Montanus, Manfred Neuenhaus, Dr. Gerhard Hansen, Michael Meyer.

Es wird folgender Änderungsantrag gestellt: *Die Sätze „Kurzfristig kann dieses durch eine moderate Anpassung der Eintrittspreise erfolgen. Mittelfristig muss die Rentabilität der Anzahl der Premieren betriebswirtschaftlich überprüft und ggf. Änderungen vorgenommen und Konsequenzen gezogen werden, um Effizienzsteigerungen des vorhandenen Angebots zu erreichen.“ zu streichen.*

Beschluss: Der Antrag wird in der geänderten Fassung mehrheitlich angenommen.

Antrag 7 Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Vorteile für alle - keinen Verkehrsträger benachteiligen

Der Kreisparteitag möge beschließen.

Mit der Inbetriebnahme der rund 850 Mio. Euro teuren Wehrhahnlinie wird sich das ÖPNV-Angebot in Düsseldorf substantiell verbessern. Durch den Wegfall der oberirdischen Straßenbahnschienen in Teilen der Innenstadt eröffnen sich zusätzlich Möglichkeiten zur Optimierung der Situation für andere Verkehrsträger.

Die FDP Düsseldorf begrüßt grundsätzlich die Ergebnisse des in diesem Zusammenhang durchgeführten Moderationsverfahrens zur Neugestaltung der betroffenen Straßen zwischen dem Bilker S-Bahnhof und der Heinrich-Heine-Allee. Bei der Umgestaltung soll eine Verbesserung der Situation für Fußgänger und Radfahrer erreicht werden. Dieses darf jedoch nicht zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs geschehen. Insbesondere eine Reduzierung der Fahrspuren und Tempo 30 Zonen würden eine Verschlechterung der Situation für einen wichtigen Verkehrsträger darstellen.

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, dass kein Verkehrsträger durch die Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie schlechter gestellt wird. Daher soll es eine Ausweitung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer bei gleichzeitiger Beibehaltung der Zahl der Fahrspuren und der Geschwindigkeitsbegrenzung für den motorisierten Verkehr geben. Zur Reduzierung des Verkehrslärms kann neben dem Wegfall der Straßenbahnen der Einsatz von lärmreduzierendem Asphalt beitragen.

Aussprache: Sacha Henrich, Michael Meyer

Beschluss: Der Antrag wurde mit wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag 8 Antragsteller: Junge Liberale Düsseldorf

Bekanntnis zu Freihandel und Wohlstand: Ja zu TTIP!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf unterstützt das geplante TTIP-Abkommen. Nur dadurch können bei gleichzeitigem Verbraucherschutz das beste und größtmögliche Angebot für Konsumenten und die besten Bedingungen für Produzenten geschaffen werden. Auf Landes- und Bundesebene muss deutlicher werden, dass die Vorteile die möglichen Nachteile überwiegen und TTIP deswegen der Gesamtwohlfahrt zugutekommt.

Aussprache: Laura Badini, Dr. Burkhard Hirsch, Dr. Robert Orth, Stephanie Aschenbrenner, Clemens Jahn, Peter Dietlmaier, Michael Meyer, Sascha Henrich, Alexander Führer, Rainer Matheisen, Dr. Marek Jenöffy-Lochau, Sönke Willms-Heyng.

Alexander Führer beantragt die Rednerliste zu schließen.

Beschluss: Die Schließung der Rednerliste wird mehrheitlich angenommen.

Es wurden mehre Änderungsanträge gestellt.

Daraufhin stellt Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann den Antrag, die Rednerliste wieder zu öffnen.

Beschluss: Die Öffnung der Rednerliste wird mehrheitlich angenommen.

Der geänderte Antragstext lautet wie folgt:

Die FDP Düsseldorf unterstützt die Verhandlungen zum geplanten TTIP-Abkommen mit dem Ziel, den Freihandel zwischen den USA und der EU zu stärken. Nur dadurch können bei gleichzeitigem Verbraucherschutz das beste und größtmögliche Angebot für Konsumenten und die besten Bedingungen für Produzenten geschaffen werden. Auf Landes- und Bundesebene

muss deutlicher werden, dass die Vorteile die möglichen Nachteile überwiegen und TTIP deswegen der Gesamtwohlfahrt zugutekommt. Die Verhandlungen müssen transparent erfolgen und die Standards der Marktwirtschaft in Deutschland angemessen berücksichtigen.

Beschluss: Der Antrag wurde mit dieser Änderung mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag 9 Antragsteller: Chris Pyak

Englisch als zweite Verwaltungssprache in Düsseldorf

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Englisch als ergänzende Verkehrssprache in Düsseldorf

Die Freien Demokraten in Düsseldorf setzen sich für Englisch als ergänzende Verkehrs- und Verwaltungssprache in allen Bereichen der Düsseldorfer Verwaltung ein.

Bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode soll die Düsseldorfer Verwaltung folgende Ziele erreicht haben:

1. Sämtliche Verwaltungsmitarbeiter führen Gespräche mit internationalen Verwaltungskunden auf Wunsch auf Englisch.
2. Sämtliche Informationsangebote der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung.
3. Sämtliche Formulare der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung. Dokumente können von Kunden der Verwaltung sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch eingereicht werden.
4. Im Zuge der Umsetzung der Zweisprachigkeit, sollen Vorschriften, Formulare etc. auf ihre unbedingte Notwendigkeit überprüft werden. Ist diese nicht ersichtlich soll auf die entsprechenden Verordnungen, Formulare ganz verzichtet werden.

Die FDP Kreistagsfraktion wird gebeten, einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat einzubringen.

Aussprache: Chris Pyak, Michael Meyer, Oliver Zengoski, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Es werden Änderungsanträge gestellt. Der geänderte Antrag lautet:

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Englisch als ergänzende Verkehrssprache in Düsseldorf

Die Freien Demokraten in Düsseldorf setzen sich für Englisch als ergänzende Verkehrssprache in allen Bereichen der Düsseldorfer Verwaltung ein.

Bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode soll die Düsseldorfer Verwaltung folgende Ziele erreicht haben:

1. Kunden der Verwaltung können in allen Bereichen der Stadtverwaltung auf Wunsch auf Englisch kommunizieren.
2. Informationsangebote der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung.
3. Formulare der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung. Dokumente können von Kunden der Verwaltung sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch eingereicht werden, sowie gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.
4. Im Zuge der Umsetzung der Zweisprachigkeit, sollen Vorschriften, Formulare etc. auf ihre unbedingte Notwendigkeit überprüft werden. Ist diese nicht ersichtlich soll auf die entsprechenden Verordnungen, Formulare ganz verzichtet werden.

Die FDP Ratsfraktion wird gebeten, diese Ziele mit entsprechenden Anträgen im Rat der Stadt voran zu treiben.

Beschluss: Der Antrag wird in der geänderten Form mehrheitlich angenommen.

Antrag 10 Antragsteller: Helga U. Bleckmann

„Zur Mobilisierung der Basis“

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisparteitag beauftragt den Arbeitskreis Ideen zur Mobilisierung der Basis zu sammeln, diskutieren zu lassen und die Umsetzung geeigneter Möglichkeiten zu veranlassen.

Aussprache: Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann beantragt die Überweisung des Antrages in den Arbeitskreis „Strategien und Kampagnen“.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich an den Arbeitskreis „Strategien und Kampagnen“ überwiesen.

Antrag: 11 Antragsteller: Ortsverband 1

Sicherheit in der Altstadt gewährleisten – Freie Demokraten machen sich für die Altstadtwache stark

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Altstadt ist Touristenmagnet und Ausgehmeile für viele Düsseldorfer. Unerlässlich für die Aufenthaltsqualität ist, dass Bewohner und Gäste sich dort nicht nur sicher fühlen können, sondern tatsächlich Sicherheit vorherrscht.

Die Freien Demokraten sprechen sich deshalb dafür aus, dass in unmittelbarer Nähe zur Altstadt auch weiterhin eine Polizeiwache erhalten bleibt. Nichts stärkt das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und die reale Sicherheitslage so sehr wie die Präsenz von Polizeibeamten.

Überlegungen, die Videoüberwachung in der Altstadt auszudehnen, erteilen wir dagegen eine Absage. Sie ist im Bereich der Verbrechensprävention weitgehend nutzlos. Ebenfalls lehnen wir ein Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke in der Altstadt ab. Ein solches Verbot wäre leicht zu umgehen, würde die Berufsfreiheit dort ansässiger Unternehmer einschränken und träge in vollkommen unverhältnismäßiger Art und Weise die vielen Menschen, die dort lediglich friedvoll einen schönen Abend erleben wollen.

Aussprache: Sebastian Rehne, Oliver Zengoski, Dr. Robert Orth

Beschluss: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag 12 Antragsteller: Heidi Desombre, Peter Dietlmaier, Alexander Führer, Laura Görtz, Dr. Gerhard Hansen, Sascha Henrich, Ulrich Hocker, Prof. Dr. Eva-Maria Lewkowicz, Jan Matthes, Dr. Bernhard Piltz, Gisela Piltz, Dr. Matthias Röhl

Public Corporate Governance Codes für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf an übliche Standards für gute Unternehmensführung anpassen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Düsseldorf bittet die FDP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Düsseldorf eine Initiative zur Anpassung des Public Corporate Governance Codes für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf an übliche Standards für gute Unternehmensführung zu ergreifen.

Hierbei gilt es zum einen den Kreisparteitagsbeschluss vom 2. März 2013 „Die FDP Düsseldorf fordert Professionalisierung der Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen“ umzusetzen.

Darüber hinaus fordert die FDP-Düsseldorf, den städtischen Codes bezüglich der Festlegung und Bemessung von Vorstandsvergütungen an die für börsennotierte Unternehmen üblichen Standards schnellstmöglich anzupassen.

Nachfolgende Grundsätze gilt es eindeutig im städtischen Kodex festzuhalten:

- Das Aufsichtsratsplenum setzt die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest.
- Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden nicht nur – wie derzeit vorgesehen - die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds, sondern auch die Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt. Hierbei soll der Aufsichtsrat das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt auch in der zeitlichen Entwicklung berücksichtigen, wobei der

Aufsichtsrat für den Vergleich festlegt, wie der obere Führungskreis und die relevante Belegschaft abzugrenzen sind.

- Die Vorstandsvergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung auszurichten. Die monetären Vergütungsteile sollen fixe und variable Bestandteile umfassen. Der Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass variable Vergütungsteile grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen soll bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile Rechnung getragen werden. Sämtliche Vergütungsteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein und dürfen insbesondere nicht zum Eingehen unangemessener Risiken verleiten. Die Vergütung soll insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen. Die variablen Vergütungsteile sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein.
- Bei Versorgungszusagen soll der Aufsichtsrat das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen.
- Bei Abschluss von Vorstandsverträgen soll darauf geachtet werden, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages vergüten.

Ausdrücklich sollten auch sog. „Signing Boni“ ausgeschlossen werden, die seit den Exzessen Anfang des Jahrtausends auch in der privaten deutschen Wirtschaft nicht mehr zum üblichen Standard zählen.

Die FDP Düsseldorf bittet drüber hinaus die FDP-Ratsfraktion, im Sinne einer Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit in Düsseldorf eine Initiative zu einer Selbstbeschränkung der Aufsichtsratsmandate pro Person entsprechend der allgemeinen Standards für gute Unternehmensführung zu starten.

Als Standard gilt in Deutschland, dass Nicht-Berufsaufsichtsräte in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien von konzernexternen Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate wahrnehmen. Aufsichtsratsvorsitze werden dabei doppelt gezählt.

Aussprache: Peter Dietlmaier, Michael Meyer, Manfred Neuenhaus, Dr. Robert Orth, Prof. Dr. Eva-Maria Lewkowicz, Dr. Bernhard Piltz, Moritz Asbrand, Rainer Matheisen, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Sascha Henrich, Monika Lehnhaus. Cord C. Schulz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Rednerliste.

Beschluss: Der Antrag auf Schließung der Rednerliste wird mehrheitlich angenommen.

Monika Lehnhaus beantragt die Überweisung in den Arbeitskreis „Politik, die rechnen kann“.

Beschluss: Der Antrag wurde mit 26 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen an den Arbeitskreis „Politik, die rechnen kann“ überwiesen.

Antrag 13 Antragsteller: Dr. Gerhard Hansen

Schuldenfreiheit inhaltlich klären

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat 2014 auf Betreiben der FDP den Erhalt der Schuldenfreiheit beschlossen. Der Erhalt der Schuldenfreiheit ist für die FDP ein, wenn nicht das wesentliche Element des Ampel-Kooperationsvertrages.

Die FDP Ratsfraktion der Landeshauptstadt Düsseldorf wird gebeten, im Rat der Stadt Düsseldorf die Initiative zu ergreifen, den Begriff der Schuldenfreiheit zu klären. Hierzu sind vor allem die Aufgaben der Kommune festzulegen, die grundsätzlich ohne Aufnahme von Schulden finanziert werden sollen.

Aussprache: Dr. Gerhard Hansen, Michael Dimitrov, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Führer

Beschluss: Der Antrag wird an den Arbeitskreis „Politik, die rechnen kann“ überwiesen.

TOP 15 Verschiedenes

Das Präsidium bedankt sich bei der Zählkommission, den Stimmeneinsammlern und –auszählern für den reibungslosen Ablauf.

Die Kreisvorsitzende dankt den Mitgliedern, dem Präsidium, der Zählkommission, den Stimmeneinsammlern und –auszählern und den Mitarbeitern für den sehr guten Tagungsverlauf und schließt den Parteitag mit dem Terminhinweis, dass die Auszählung der Delegierten und Ersatzdelegierten am Dienstag, 3. März 2015, in der Kreisgeschäftsstelle, Sternstraße 44, erfolgt.

Ende des Parteitages: 17.30 Uhr

Helmut von Richter
Versammlungsleiter

Brigitte Schulz
Protokollantin